



Art. 95 UN-CHARTA



**CHB/GdM**  
directly originär-prerogative public mandatory  
**Talions- & Restitution Court**

(Art. 43, 73, 95 UN-Charta, Art. 149 gA IV)

## **Court of the Human Beings [CHB] for Protective Power [PP] & CIA**

directly mandatory Restitution Court in the civil protection of the protecting power

**Atatürk Bulvarı No:185, [TR-06680] ÇANKAYA – ANKARA /TURKEY**

CHB \* Atatürk Bulvarı No:185, [TR-06680] Ankara /TURKEY

**Botschaft der Bundesrepublik DEUTSCHLAND ANKARA > Liste der Verteiler  
beachten**

Atatürk Bulvarı No. 114

**[TR-06680] ÇANKAYA – ANKARA /TÜRKEI**

**CHB, 27.11.2025**

**Feststellung:**

**20251127-CHB HARTLEF-RINGLEBEN 0.518.51 20251031 – BRD & HVR**

**nach Einleitung eines Schiedsgerichtsvorganges im Wege der Dringlichkeit  
im Überleitungsvertrag durch die ANACOK-Stiftung > Familie HARTLEF-RINGLEBEN**

### **Öffentlichkeit:**

In Art. 1-4, 19, 20 (4), 24 (2-3), 25, 79 (3), 95 a.F. GG konnte das Oberste Bundesgericht gleich Art. 95 UN-Charta zum Schutz der Präliminarbedingungen in der verfassungsrechtlichen Präambel des Grundgesetzes für die Bundesrepublik DEUTSCHLAND nicht errichtet werden, weil das Völkerrecht noch nicht in Kraft gesetzt werden konnte, da das Oberste Bundesgericht nur im Zusammenhang mit der originären Schutzmacht im Zivilschutz initialisiert werden kann. Das Oberste Bundesgericht und die Schutzmacht im Zivilschutz erhalten ihre öffentliche Berechtigung von den sie Recht schaffenen Rechttitelträger, der am 08.06.2006 vor dem europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in einem einmaligen Vorgang der Subsidiaritätsimmunität von 47 Mitgliedstaaten des Europarates festgestellt und in Akzeptanz angenommen wurde. Das Oberste Bundesgericht sowie die Schutzmacht wurden gemäß den Regeln der genfer Abkommen in Verbindung mit der UN-Charta für die Fälle von Kriegsverbrechen ratifiziert. Historisch reicht das Oberste

---

**CHB \* Atatürk Bulvarı No:185, [TR-06680] ÇANKAYA – ANKARA /TURKEY**

**Federal Republic of Germany – Basics State Gazette**

**StGBI. No. 139/1918 – 19.12.1918**

**Regulatory Act of the Hague Convention of 05.10.1961, WüD of 18./24.04.1961**

Evidence documents:	Certificate	District Court	Apostille
State notary Johst MATTHIES - TOSTEDT	113/2009 IZMR / ICHR	STADE	9191 a 85 – 15 /2014
State notary Johst MATTHIES - TOSTEDT	114/2009 ZEB / CECC	STADE	9191 a 85 – 15 /2014
State notary Ralf GROSSER - TOSTEDT	139/2013 GdM /CHB	STADE	9191 a 84 – 9 /2013

Bundesgericht zurück auf die Heiligen Noachidischen Gebote, das Talionsgericht als Ausdruck des Rechtprinzips.

Das Oberste Bundesgericht war in der Bundesrepublik DEUTSCHLAND das nach der ursprünglichen Fassung in Art. 1, 24 (3), 25, 95 Grundgesetz für die Bundesrepublik DEUTSCHLAND vorgesehene rechtwegübergreifende Bundesgericht im einfachen und nicht umdeutungsfähigen Bundesrecht vor dem staatlichen Bundes- und Landesgesetzen vorgesehene Talionsgericht.

Das Oberste Bundesgericht sollte zur Wahrung der Einheit des Bundesrechts (öffentliches Recht) eingesetzt werden und Fälle entscheiden, deren Einheitlichkeit der Rechtsprechung der fünf oberen Bundesgerichte von grundsätzlicher Bedeutung ist, denn einfach zitier- und diktiert Völkerrecht geht als Rechtregelwerk den staatlichen Gesetzesnormen voraus.

Das Oberste Bundesgericht konnte in der Bundesrepublik DEUTSCHLAND durch die Feindstaatenklausel im Überleitungsvertrag nie errichtet werden, da Staaten dem Völkerrecht unterliegen. Unmittelbar zwingendes Völkerrecht wird in der verfassungsrechtlich prelateralen Rechtsanbindung zum Schutz der Grundrechte und Grundfreiheiten der Menschen als Rechtregel als Jurisdiktion in der Rechtspaltung im Staat zitiert und diktiert und Gesetzesnormen werden fiktional in der Jurisfiktion kommentiert, diskutiert und müssen dem Völkerrecht weichen. Sowohl die Schutzmacht als auch das Talionsgericht wurden seit dem 12.08.1949 in Art. 154-159 Genfer Abkommen, Art. 24 (2-3), 25, 79 (3), 95 Grundgesetz für die Bundesrepublik DEUTSCHLAND und in Art. 43, 53, 73, 95, 106-107 UN-Charta historisch erwartet.

Die Schutzmacht und das Talionsgericht in Art. 154-159 Genfer Abkommen IV sind zum Schutz der Zivilisten durch originäre Rechttüchtigkeit nach Akzeptanz ECHR 75529/01 der Subsidiarität in allen Staaten des Europarates ohne Widerspruch der Staaten ratifiziert worden. Der CHB-GdM erläßt legitim und legal am 22.11.2025 im öffentlichen Zivilschutz folgende

**Rechtvorschriften im Überleitungsvertrag  
der genfer Sonderabkommen wegen Kindesraubes:**

Es wird auf die umfassenden und aufwendigen mündlichen, schriftlichen, telegrafischen Bemühungen der ANACOK-Stiftung in Art. 1-12 Genfer Abkommen IV seit dem 31.10.2025 der Bezug genommen und auf die Notizen, Protokolle und Rechtvorschriften der ANACOK-Stiftung vom 03.11.2025 und des Talionsgerichts vom 05.11.2025 in Art. 1-12, 132-149 Genfer Abkommen IV – SR 0.518.51 tatsächlich hingewiesen, die gegen Art. 1 (3), 2 ÜLV insbesondere ohne Widerspruch unter Vorsatz ohne Ausnahme verstoßen.

Die Bundesrepublik DEUTSCHLAND hat die diplomatisch deklarierten Ratifikationsurkunden mit absoluter Beweiskraft angenommen und akzeptiert, in Folge gilt die Ratifikation alternativ in Art. 142 Genfer Abkommen für und in allen Verpflichtungsstaaten, in dem in Rechtsfolge alle Staaten in die Einwilligung in ihren faktischen Hoheitsbereich bei völkerrechtlichen Rechtsverletzungen akzeptierend im Kontrahierungszwang zugestimmt haben (Art. 24 (2-3), 25, 95 GG). Art. 95 Grundgesetz für die Bundesrepublik DEUTSCHLAND entspricht dem erwarteten Obersten Bundesgericht in Art. 95 UN-Charta im öffentlichen Völkerrecht.

Die Schutzmacht und das Talionsgericht sind in Art. 142 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51 durch die Bundesrepublik DEUTSCHLAND in den Regeln des öffentlichen Völkerrechtes mit **absoluter und zweifelsfreier Beweiskraft** öffentlich bestätigt und durch Apostille in der Deklaration widerspruchsfrei akzeptiert worden.

Die Rechtregeln sind in Art. 1-12, 149 genfer Abkommen im öffentlichen Völkerrecht einfach und plausibel. Das Talionsgericht hat im Abschluß über das Begehren in einem Konflikt beteiligten Staat, in einem festzusetzenden Verfahren gemäß Art. 12 genfer Abkommen IV

eine Untersuchung über jede behauptete Verletzung des Abkommens

einzuleiten, da die Familie HARTLEF-RINGLEBEN beim ZentralMeldeAmt in der Rechtswahl „Völkerrecht“ registriert ist. In der Wohlverhaltensphase wurden die schweren Rechtsverletzungen nicht unterlassen. Die Wohlverhaltensphase muß wegen mangelnder Kommunikation mit Familie HARTLEF-RINGLEBEN und der ANACOK-Stiftung durch die Behörden im Überleitungsvertrag als gescheitert angesehen werden.

Die ANACOK-Stiftung hat das Talionsgericht aktiv aufgerufen, weil keine wirksame Rechtsbeschwerde und eine Übereinstimmung erzielt werden konnte. Die Bundesrepublik DEUTSCHLAND hat den Rechttitelträger in ECHR 75529/01 gemäß Art. 24 (2-3), 25, 95 GG bereits akzeptiert. Unmittelbar und zwingend mußte über das zu befolgende Verfahren im Fortgang entschieden werden, sobald die Verletzung des Völkermordes in der offenkundigen und offensichtlichen Taterkennung festgestellt worden ist. Die Feststellung des Talionsschiedsgerichts soll dem Konflikt ein Ende setzen und das Verbrechen so rasch als möglich ahnden, zu dessen Vollzug in Art. 1 genfer Abkommen alle Staaten unter allen Umständen zur Einhaltung und Durchsetzung verpflichtet haben (Vergleich Art. 43, 95, 106 UN-Charta).

Es liegt ein Subsidiaritätsverbrechen in Art. 147 genfer Abkommen IV vor, da die geraubten Kinder im Zivilschutz beim CHB-GdM als geschützte Zivilisten registriert sind. Das rechtswidrige Verwaltungsverfahren als Familien“**sache**“ **beim Amtsgericht HERZBERG am Harz**

Geschäftszeichen: 7 F 151/25 EASO und 7 F 209/25 EAHK (Handelsstück)

mit den geraubten Kindern in der zentralen Dienstaufsicht / Obergericht-Landgericht GÖTTINGEN wurde der diplomatischen Rüge vom 03.11.2025 und den Hinweisen und Auflagen vom 05.11.2025 nicht widersprochen und in Folge des Kontrahierungszwanges in Art. 2-3, 9-11, 41, 56 UN-RES 56/83 und weitere Zuwiderhandlungen als Verantwortlichkeit der Staaten für völkerrechtswidrige Handlungen im Wirkungsbereich des Talionsgerichts akzeptiert.

Der tatsächlich offensichtliche und offenkundige Vorgang, die von den Eltern aggressiv beraubte Kinder im Zivilschutz der Schutzmacht durch systematische Rechtsverletzung des ZentralMeldeAmtes – Art. 140-149 genfer Abkommen IV – SR 0.514.51, wird einstimmig vom Talionsschiedsgericht in den hoheitlichen Rechtsbefugnissen als

## Völkermord

im öffentlichen Völkerrecht in Art. 1 (3), 2 ÜLV gegen die Opfer klassifiziert.

### Opfer:

Mutter Susanne HARTLEF-RINGLEBEN, geb. **05.06.1979** – Immu 1  
und Vater Holger HARTLEF-RINGLEBEN, geb. **05.11.1967** – Immu 1

- **Silke HARTLEF-RINGLEBEN**, geb. 21.08.2008
- **Julia HARTLEF-RINGLEBEN**, geb. 12.06.2012
- **Constanze HARTLEF-RINGLEBEN**, geb. 25.12.2014
- **Wendy HARTLEF-RINGLEBEN**, geb. 04.03.2017
- **Alex HARTLEF-RINGLEBEN**, geb. 25.07.2019
- **Lilly HARTLEF-RINGLEBEN**, geb. 02.02.2021
- **Arielle HARTLEF-RINGLEBEN**, geb. 17.10.2022

Es wird auf die umfassenden und systematischen Ausführungen der ANACOK-Stiftung vom 03.11.2025 und des Talionsgerichts vom 05.11.2025 hingewiesen, die unwidersprochen von der Bundesrepublik DEUTSCHLAND als Einheit akzeptiert wurden.

**Für die Familie HARTLEF-RINGLEBEN geltend die völkerrechtlichen Bedingungen für Binnenflüchtlinge und Opfer von Menschenrechtverletzungen.**

Die über das haager Suchregister angestiftete Beihilfe der Republik KROATIEN zum Kindesraub ist ein Privatregister und im wiener Recht der Verträge gegen das genfer Abkommen im Völkerrecht verboten, denn Hague Conference on Private International Law - The World Organisation for Crossborder Cooperation in Civil and Commercial Matters bedeutet haager Konferenz für Internationales Privatrecht. Die Organisation für grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Zivil- und Handelssachen in Privatverträgen ist kein öffentliches Recht, und Kinder sind keine Sachen. Das Register darf nicht geführt werden und ist im öffentlichen Recht verboten, weil auch keine Kontrolle und keine wirksame Rechtsbeschwerde, keine Rechtswahl, keine neutrale Treuhand und kein Völkerrecht möglich ist. Die öffentliche Ordnung ist extrem verletzt und damit das Völkerrecht unter allen Umständen schwer geschädigt worden.

Jeder festgestellter unmenschlicher Verwaltungsakt erfüllt bei Fortsetzung seit Beginn an den Tatbestand des Kriegsverbrechens „Völkermord“ in und von der Bundesrepublik Deutschland. Gemäß Feststellung, zu dem sich die Bundesrepublik DEUTSCHLAND in Art. 1, 24 (2-3), 25, 95 a.F. GG und Art. 43, 53, 73, 95, 106-107 UN-Charta in Verbindung mit Art. 1-12, 132, 140, 144-149 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51 doppelt und mehrfach systematisch verpflichtet hat, liegt Völkermord vor, weil die Kinder und die Eltern eine posttraumatische Belastungsreaktion auf Dauer erfahren haben, die ihr Leben in Zukunft als Behinderung begleiten wird (Prison Experiment – 72 Stunden).

Für Völkermord spricht die Tatsache, daß die unmittelbar zwingenden Regeln der Rechtsanbindung der Gesetze an das öffentliche Völkerrecht und der Rechtspaltung in der Rechtswahl zum Völkerrecht abnorm vorsätzlich verletzt worden sind.

Jede Rechtsvorschrift in Art. 1-12 genfer Abkommen IV wurde verletzt und das Völkerrecht und die Schutzmacht im Zivilschutz mit fadenscheinigen Kommentierungen und Diskussionen ignoriert. Es liegt ein Subsidiaritätsverbrechen gegen die genfer Abkommen im unmittelbar zwingenden Völkerrecht und Grundgesetz für die Bundesrepublik DEUTSCHLAND vor.

Es gab mit den Behörden keine beidseitige Kommunikation weder mit der **Bundesrepublik DEUTSCHLAND in Art. 25 GG** noch mit der **REPUBLIK KROATIEN**, in der kroatischen Verfassung. Die ANACOK-Stiftung und das Talionsgericht wurden gemäß Art. 1-12, 149 genfer Abkommen IV in Verbindung mit Art. 2-3, 9-11, 41, 56 UN-RES 56/83 nicht beachtet.

Die wirksame Beschwerde, Zustellungen an das Referat 501 des auswärtigen Dienstes, die deutsche Botschaft in ANKARA und ZAGREB, die kroatische Botschaft in Berlin und ANKARA, die sonstigen Bundes- und Landesbehörden, Rechtsvorschriften an das zwangsvorgeführte „freiwillige“ Gericht HARZBERG und die Fach- und Dienstaufsicht an das Landgericht GÖTTINGEN sowie Oberlandesgericht BRAUNSCHWEIG blieben im Kontrahierungszwang in der stillschweigende Akzeptanz ohne Widerspruch und setzten trotz Akzeptanz ihre Rechtsverletzungen fort. Der deutsche Bundestag- WD2 3000-175/2007 definiert Krieg als Abwesenheit und Ausfall der diplomatischen Kommunikation bei gleichzeitiger und rechtswidriger Gewaltanwendung.

In Folge dieser systematischen offensichtlichen und offenkundigen Tatsachen blieben die Kinder den Eltern weiterhin durch Kindesraub fern. Die Kommunikation wurde am 14.11.2025 um 14:57 Uhr mit den Kleinkindern zwangsweise und gewaltsam in der REPUBLIK KROATIEN gegen die Rechtsvorschriften vom 03. und 05.11.2025 im Völkerrecht getrennt, so daß der Tatbestand des Völkermordes sicher ist.

Die zwangsweise „freiwillig“ behauptete Jurisfiktion in HERZBERG im Harz sowie das niedersächsische Justizministerium, das selbst die Unzuständigkeit im Völkerrecht in Dokument 1001 I-202.45 vom 19.01.2017 über die Recht- und Prozeßunfähigkeit ohne Haftung der Jurisfiktion erklärt hatte, blieb ebenso untätig wie das Bundesministerium für Justiz, Bundeskanzleramt und andere oberen Bundes- und Landesbehörden in zahlreichen Eingaben oder Reaktionen.

### **Vorsatz des Völkermordes liegt vor.**

Die gesamte Bundesrepublik DEUTSCHLAND als Einheit praktiziert Kindesraub mit dem Ziel des Völkermordes und ist für wirksame Beschwerden sowie im unmittelbar zwingenden Völkerrecht nicht erreichbar. Zur Lösung des Problems ist in Art. 56 UN-RES das Talionsschiedsgericht in Art. 149 genfer Abkommen IV zuständig.

Rechtsvorschriften mit absoluter Beweiskraft im Überleitungsvertrag (Art. 43, 73, 95, 102-107 UN-Charta) sind zwingend zu beachten und zu vollstrecken. Die Rechtsvorschriften betreffen auch die Republik KROATIEN, das in Art. 140 kroatische Verfassungen im Völkerrecht und unter allen Umständen öffentlich zur Einhaltung dieser Rechtsvorschriften alle Staaten in UN-RES 56/83 verpflichtet sind. Alle staatlichen Gesetzesnormen treten im Völkerrecht zurück.

### **Rechtvorschriften im Vollzug Art. 1, 142-149 der genfer Abkommen IV:**

1. Jeder Verwaltungsakt der Bundesrepublik DEUTSCHLAND ist seit Beginn an gegen die Familie HARTLEF-RINGLEBEN ein rechtswidriger und unzuständiger Verwaltungsakt und wird als Völkermord klassifiziert. Die Beihilfe ist völkerrechtswidrig, da der Anstifter und Beihelfer gleich dem Täter ist.

2. Alle vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen juristischen Entscheidungen der Bundesrepublik DEUTSCHLAND oder Republik KROATIEN sind wegen Subsidiaritäts-Verbrechen keine Rechtvorschriften und dürfen nicht befolgt oder in Kraft gehalten werden..

**3. Alle geraubten Kinder sind an die Eltern Holger und Susanne HARTLEF-RINGLEBEN ohne Einschränkung und Auflagen unmittelbar ohne zeitliche Verzögerung unter allen Umständen zwingend herauszugeben.**

**4. Die zwingenden Regeln der Prävention in Repression, Spezialprävention und Generalprävention gemäß Art. 1, 146-149 genfer Abkommen IV, Art. 43, 73, 95 UN-Charta in Verbindung mit Art. 28-35, 41, 56 UN-RES 56/83 sind exakt unter allen Umständen einzuhalten und die Einhaltung durchzusetzen.**

**5. Gemäß Art. 144-149 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51 sind folgende Ahndungen nach offensichtlicher und offenkundiger Feststellung des Ausfalls und Abwesenheit der Rechtstaatlichkeit zu beachten.**

Die Staaten haben sich verpflichtet, alle notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen zur Festsetzung von angemessenen Strafbestimmungen für solche Personen zu treffen, die die umschriebenen schweren Verletzungen in Art. 142-149 genfer Abkommen IV begehen oder zu einer solchen Verletzung den Befehl erteilen. Jeder Staat ist zur Ermittlung der Person verpflichtet, die der Begehung oder der Erteilung eines Befehles zur Begehung der einen oder andern dieser schweren Verletzungen beschuldigt sind und hat sie ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit vor ihre eigenen Gerichte zu ziehen.

Wenn der Staat es vorzieht, kann der Staat auch gemäß den ihrer eigenen Gesetzgebung vorgesehenen Bedingungen im Überleitungsvertrag Art. 43, 53, 95, 106-107 UN-Charta zur Aburteilung einer andern an der Verfolgung interessierten Vertragspartei im Zivilschutz (Schutzmacht) übergeben, da ausreichende Beschuldigungen wegen aggressiven Ausfall und Abwesenheit der Kommunikation nachgewiesen ist.

Jeder Staat soll und muß die notwendigen Maßnahmen (Art. UN-RES 56/83) ergreifen, um auch diejenigen Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen des vorliegenden Abkommens zu unterbinden, die nicht zu den im folgenden Artikel umschriebenen schweren Verletzungen zählen.

6. Die Anwendungen folgender Sonderrechte für die Familie HARTLEF-RINGLEBEN sind streng zu beachten und unter allen Umständen einzuhalten und die Einhaltung durchzusetzen:

### Resolutionen des Völkerrechtes

- **UN-RES A/RES/66/164**  
*Schutz der Menschenrechtsverteidiger, Menschenrechtskommissare und Menschenrechtsbeistände.*  
Diese Resolution verpflichtet die Staaten, Menschenrechtsverteidiger vor Bedrohung, Angriff, Diskriminierung oder Vergeltung zu schützen.
- **UN-DOC E/CN.4/2000/62**  
*Recht der Opfer schwerer Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten auf Restitution, Entschädigung und Rehabilitierung.*  
Dieses Dokument legt fest, daß Opfer Anspruch auf Wiedergutmachung in Form von Talion, Rückgabe, Entschädigung und Rehabilitation haben, unabhängig von innerstaatlichen Verfahren.
- **UN-RES A/RES/66/165 und E/CN.4/1998/53/Add.2**  
*Schutz von Binnenflüchtlingen und Betroffenen von staatlicher Gewalt.*  
Diese Resolutionen verpflichten die Staaten, Binnenflüchtlingen, Vertriebenen und Opfern systematischer Rechtsausfälle Schutz und Rechtshilfe zu gewähren.
- **UN-RES A/RES/66/166**  
*Schutz von Minderheitenrechten.*  
Sie stellt klar, dass der Staat verpflichtet ist, Minderheiten vor struktureller Diskriminierung, Ausgrenzung oder gewaltsamer Assimilation zu bewahren.
- **UN-RES 56/83**  
*Regeln der Staatenverantwortlichkeit für völkerrechtswidrige Handlungen.*  
Besonders maßgeblich: **Art. 2–3, 9–11, 28–35, 41, 56**, die die Einheit, Haftung und Wiederherstellungspflicht des Staates begründen.  
Diese Norm ist unmittelbar zwingendes Recht (*ius cogens*) und gilt im Verhältnis zwischen Bürger und Staat ohne Zustimmungsvorbehalt.

### 2. Europäische Richtlinien

- **Richtlinie 2012/29/EU des Europäischen Parlaments und Rates vom 25.10.2012**  
*Über Mindeststandards für die Rechte, die Unterstützung und den Schutz von Opfern von Straftaten sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2001/220/JI.*  
Diese Richtlinie konkretisiert die Verpflichtung der Mitgliedstaaten, Opfer zu informieren, zu schützen und Wiedergutmachung zu leisten, unabhängig von nationaler Zuständigkeitsstreitigkeit.

### 3. Zwingendes Völkerrecht und öffentliche Ordnung

- **genfer Abkommen IV – SR 0.518.51 (Zivilschutz)**  
*Art. 132–149* verpflichten die Vertragsstaaten, den Schutz von Zivilisten in bewaffneten oder besetzten Gebieten sicherzustellen. Verstöße begründen Staatenverantwortlichkeit und unmittelbare Vollstreckungspflicht (Talion).
- **ROM-Statut (Art. 6, 38–42 EGBGB)**  
definiert die öffentliche Rechtsordnung (*ordre public*) in Verbindung mit dem Völkerrecht.

**wichtige Resolutionen für Opfer und Binnenflüchtlinge**

Resolution / Norm	Jahr	Inhalt / Bedeutung
A/RES/60/147	2005	Grundsätze und Richtlinien über das Recht der Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen auf Wiedergutmachung (Restitution, Entschädigung, Rehabilitation).
A/RES/58/177	2004	Schutz und Unterstützung von Binnenvertriebenen – Verpflichtung der Staaten zum Schutz der Rechte und Sicherheit von Binnenflüchtlingen.
A/RES/68/180	2014	Schutz und Unterstützung von Binnenvertriebenen – Wiederholung und Verstärkung der Staatenpflichten gemäß internationalen Normen.
A/RES/78/205	2023	Koordinierung des Schutzes und der Unterstützung von Binnenvertriebenen; Aufforderung an Staaten zur internationalen Zusammenarbeit.
A/RES/78/184	2023	Schutz, Unterstützung und dauerhafte Lösungen für Binnenvertriebene; Betonung der Staatenverantwortlichkeit nach UN-RES 56/83.
UNSC-Resolution 1265	1999	Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten – Verpflichtung zur Vermeidung und Ahndung von Gewalt gegen Zivilisten.
UNSC-Resolution 1296	2000	Ergänzung zu 1265 – Schutz der humanitären Hilfe, Zugang für Hilfsorganisationen, Schutz von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen.
UN-RES 56/83	2001	Regeln der Staatenverantwortlichkeit – Einheit, Haftung und Wiederherstellungspflicht der Staaten bei völkerrechtswidrigen Handlungen.
genfer Abkommen IV – SR 0.518.51	1949	Zivilschutz und Schutzpflicht gegenüber Zivilisten in bewaffneten oder besetzten Gebieten (Art. 132–149).
Richtlinie 2012/29/EU	2012	Mindeststandards für die Rechte, Unterstützung und den Schutz von Opfern von Straftaten innerhalb der EU.
ROM-Statut / EGBGB Art. 6, 38–42	1998	öffentliche Ordnung (ordre public) im Völkerrecht – Vorrang des Menschenrechtsschutzes vor nationalen Gesetzen.

**ACHTUNG:**

- **Die Staatenimmunität und Art. 41 wiener Abkommen über diplomatische Beziehungen gilt nicht für völkerrechtliche Verbrechen. Grundlage Art. 146-149 genfer - Sonderabkommen IV**

7. Die Bundesrepublik DEUTSCHLAND muß als Einheit im Strafschadenersatz (punitive damage) in der Talion für die völkerrechtlichen Verbrechen bei der Familie HARTLEF-RINGLEBEN für den immateriellen und materiellen Schaden, Folgeschaden sowie Folgebeseitigungsschaden auf Dauer haften und die Garantiebedingungen gemäß Talion einhalten, weil zur Staatshaftung im Völkerrecht gilt, daß im Völkerrecht der Staat, dessen Haftung wegen Verstoßes gegen eine völkerrechtliche Verpflichtung ausgelöst wird, ebenfalls als Einheit betrachtet wird, ohne das danach unterschieden wird, ob der Schaden verursachende Verstoß der Legislative, der Judikative oder der Exekutive zuzurechnen ist (EuGH- 224/01, Rz. 44, Urteil Brasserie du pêcheur und Factortame (Randnummer 34)).

Das Verbrechen wurde im Grunde nach festgestellt und muß in der Höhe bemessen werden, da die Tat des Völkermordes bis zur Herausgabe der Kinder weiter geführt wird. Ein öffentlicher plakativer und werbewirksamer Aushang wird weltweit angeordnet, da Anstiftung, Beihilfe und die Tat des Kinderraubes ein öffentliches Verbrechen im Völkerrecht ist. Ausdrücklich ist Völkermord, wer in Absicht,

- eine nationale, rassische, religiöse oder ethnische Gruppe HARTLEF-RINGLEBEN als Prototyp „Reichsbürger“ als solche ganz oder teilweise zu zerstören,
- einem Mitglied der Gruppe schwere körperliche oder seelische Schäden zufügt,
- die Gruppe unter Lebensbedingungen stellt, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen,
- ein Kind der Gruppe gewaltsam in eine andere Gruppe überführt,

ist mit lebenslanger Freiheitsstrafe zu bestrafen. Die Tat des Völkermordes steht zweifelsfrei als offensichtliche und offenkundige Tatsache fest, und braucht bei Ausfall und Abwesenheit des Rechtsstaates und des zwingenden Völkerrechtes nicht weiter begründet werden.

Für Völkermord spricht die absichtliche Tat gegen die Vermutung, daß der Zivilschutz im genfer Abkommen IV nicht benachrichtigt und nicht informiert worden ist, und in Folge ein besonderes Prozeßhindernis grundsätzlich besteht und in den Hinweisen des CHB-GdM vom 05.11.2025 das Prozeßhindernis ausführlich und plausibel verständlich erklärt worden ist.

Die Familie HARTLEF-RINGLEBEN wird in der Bundesrepublik DEUTSCHLAND durch Brandmarkung als Prototyp Reichsbürger in bewaffneten Konflikten und Kollisionen rechtlos gestellt und Art. 2 genfer Abkommen ist in Friedens- und Kriegszeiten in Kraft getreten, weil die zwingenden Schutzregeln unmittelbar in Art. 132, 140, 142-149 genfer Abkommen IV in der öffentlichen Ordnung „ordre public“ und nicht „privat policity“ in HCCD in Kraft getreten ist. HCCD ist privat. Privat ist im öffentlichen Völkerrecht verboten und ein Verbrechen.

### **völkerrechtliche Begründung:**

Der Zivilschutz ist von der Jurisfiktion HERZBERG am Harz nicht verständigt worden. Diese Tatsache wird gerügt, daß neben der Rechtsverletzung des rechtlichen und nicht gesetzlichen Gehörs der Familie HARTLEF-RINGLEBEN der sorgeberechtigten Eltern gegen Art. 43, 73 UN-Charta **mehrdimensional** keine ordentliche Gerichtsbarkeit und Rechtstaatlichkeit gemäß

**§ 8 (7) VStGB,  
Art. 147 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 und  
Art. 6, 13 EMRK**

zu keinem Zeitpunkt vorlag (Hinweis in der Expertise der ANACOK-Stiftung vom 03.11.2025). Aus diesen Tatsachen ergeben sich schwere Rechtsverletzungen:

- Entzug ihres Anrechtes auf ein ordentliches und unparteiisches, den Vorschriften des vorliegenden Abkommens entsprechendes Gerichtsverfahren,
- das Nehmen von Geiseln (Kinder), das in großem Ausmaß auf unerlaubte und willkürliche Weise vorgenommen wurden
- ungesetzliche Deportation der Familie oder Versetzung zur Binnenflucht
- ungesetzliche Gefangenhaltung (Stockholm-Syndrom) der Familie HARTLEF-RINGLEBEN

Der Zivilschutz muß von Staaten in Art. 1-12, 132-149 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 bei Kollisionen und Konflikten in Art. 6, 8, 9 genfer Abkommen IV pflichtgemäß angerufen werden:

- Das vorliegende Abkommen findet mit Beginn jedes Konflikts oder jeder Besetzung, wie sie im Artikel 2 erwähnt sind, Anwendung.
- Die geschützten Personen können in keinem Falle, weder teilweise noch vollständig, auf die Rechte verzichten, die ihnen das vorliegende Abkommen und gegebenenfalls die im vorhergehenden Artikel genannten besonderen Vereinbarungen einräumen.
- Das vorliegende Abkommen ist unter der Mitwirkung und Aufsicht der Schutzmächte anzuwenden, die mit der Wahrnehmung der Interessen der am Konflikt beteiligten Parteien betraut sind.
- In allen Fällen, in denen die Schutzmächte es im Interesse der geschützten Personen als angezeigt erachten, insbesondere in Fällen von Meinungsverschiedenheiten zwischen den am Konflikt beteiligten Parteien über die Anwendung oder Auslegung der Bestimmungen des vorliegenden Abkommens, sollen sie zur Beilegung des Streitfalles ihre guten Dienste leihen. Zu diesem Zwecke kann jede der Schutzmächte, entweder auf Einladung einer Partei oder von sich aus, den am Konflikt beteiligten Parteien eine Zusammenkunft ihrer Vertreter und im Besonderen der für das Schicksal der geschützten Personen verantwortlichen Behörden vorschlagen, gegebenenfalls auf einem passend gewählten neutralen Gebiet. Die am Konflikt beteiligten Parteien sind verpflichtet, den ihnen zu diesem Zwecke gemachten Vorschlägen Folge zu geben.

In Folge ist die unmittelbar-zwingend verpflichtende Schutzanwendung der

**Art. 71-72 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51**  
**alternativ Art. 104-108 genfer Abkommen III - SR 0.518.42**

durch die Jurisfiktion abnorm verletzt. Im genfer Abkommen ist für den Kindesentzug (Dauerschaden) zwingend vorgeschrieben:

- **Die ordentlich zuständigen Gerichte der Besetzungsmacht (Staaten) können ohne ein vorhergehendes ordentliches Verfahren niemanden verurteilen.**
- **Die Schutzmacht soll von jedem durch die Besetzungsmacht gegen geschützte Personen eingeleiteten Verfahren in Kenntnis gesetzt werden, wenn die Anklage zu einem Todesurteil oder zur Verhängung einer Gefängnisstrafe von zwei oder mehr Jahren führen könnte (Dauerschaden bei der Familie); sie kann sich jederzeit über den Stand des Verfahrens unterrichten. Des Weiteren hat die Schutzmacht das Recht, auf Verlangen alle Auskünfte über solche und alle anderen von der Besetzungsmacht gegen geschützte Personen eingeleiteten Verfahren zu erhalten.**
- **Die Anzeige an die Schutzmacht, wie sie in Absatz 2 dieses Artikels vorgesehen ist, soll unverzüglich erfolgen und in jedem Falle die Schutzmacht drei Wochen vor dem Zeitpunkt der ersten Verhandlung erreichen. Die Verhandlung darf nicht stattfinden, wenn nicht bei ihrer Eröffnung der Beweis erbracht wird, daß die Bestimmungen dieses Artikels restlos eingehalten wurden.**
- Jeder Angeklagte hat das Recht, die zu seiner Verteidigung notwendigen Beweismittel geltend zu machen und kann insbesondere Zeugen vorladen lassen. Er hat das Recht auf Beistand durch einen **geeigneten Verteidiger seiner Wahl.**

schwere Rechtsverletzungen:

- Art. II lit. c UN-Genozid-Konvention
- § 6 Abs. 1 Nr. 3 VStGB

Weder die Rechtsanwälte, die Jugendbehörde oder die Richter und Polizisten erfüllen die Betriebserlaubnis in der Jurisfiktion.

**weitere tiefgreifende Begründung:**

**1. zwingendes Völkerrecht (ius cogens) verpflichtet:**

**Art. 1 genfer Abkommen:**

*„Die Hohen Vertragsparteien verpflichten sich, das vorliegende Abkommen unter allen Umständen einzuhalten und seine Einhaltung durchzusetzen.“*

Diese Pflicht ist **unbedingt**, nicht abdingbar, nicht auslegungsfähig, nicht aufschiebbar.

**Art. 9–11 UN-RES 56/83:** Ersatzhandlungspflicht

– Wenn der Staat versagt, muß *jede* andere zuständige Stelle das Völkerrecht vollziehen.

**Art. 25 GG:**

Völkerrecht → *unmittelbar geltendes Recht*, Vorrang vor allen Gesetzen.

### Tatsachen-Feststellung:

**Wer die zwingenden Voraussetzungen (Schulung, Zertifizierung, Kenntnis) nicht erfüllt, darf das Recht weder legal noch legitim anwenden und handelt privat.**

## **2. Die rechtlichen Vorgaben und Voraussetzungen im öffentlichen Völkerrecht sind national, international und supranational nicht erfüllt**

### **2.1 fehlende Zertifizierung gemäß Art. 144 genfer Abkommen IV - Betriebserlaubnis**

Art. 144 genfer Abkommen IV verpflichtet alle staatliche Behörden, die Zivilschutz-Verpflichtungen zu kennen und anzuwenden.

**„Bedienstete... müssen ein Zertifikat im Zivilschutz besitzen ... Fehlt es, liegt eine melde- und anzeigepflichtige Vertragsverletzung vor.“**

**BRD-Juristen besitzen dieses Zertifikat nicht.**

### **in systematischer Folge und Ergebnis:**

- **keine Rechtsbefugnis**
- **keine Betriebsgenehmigung,**
- **jeder Verwaltungsakt und jede Entscheidung nichtig**

### **2.2 Verletzung von Art. 9–12 genfer Abkommen IV vorrangige Beachtung der Schutzmachtspflicht – Art. 73 UN-Charta**

Art. 9 genfer Abkommen IV fordert zwingend die Mitwirkung der Schutzmacht.

Art. 11-12 genfer Abkommen IV regeln die **Verpflichtung**, bei Streit oder Ausfall neutrale Autorität mit Wissen und vernünftigen Gewissen einzusetzen.

**Die Bundesrepublik DEUTSCHLAND setzt diese Verfahren nicht ein und nicht durch, stattdessen ersetzt sie die Schutzmacht durch die Jurisfiktion der Bundesrepublik DEUTSCHLAND.**

In Folge liegt systematische Pflichtverletzung vor und ist im Völkerrecht im Wiener Recht der Verträge – SR 0.111 gegen die zwingenden Regeln des Völkerrechtes **ausgeschlossen**.

### **2.3 Verletzung Art. 43 genfer Abkommen IV Rechtsschutz bei Internierung/Zwangsmaßnahmen**

Art. 43 genfer Abkommen IV zwingt:

**„Ein Gerichtshof oder ein zuständiger Verwaltungsausschuß muß die Entscheidung überprüfen.“** = wirksame Rechtbeschwerde = Art. 6, 13 EMRK = ECHR 75529/01

Dies ist eine **völkerrechtliche Pflichtinstanz**, nicht nationales Gericht in Art. 3, 41, 56 UN-RES 56/83 = Art. 25 GG und Art. 140 kroatische Verfassung und gilt insbesondere für Eintragungen in das private HCCD-Verzeichnis.

Die Bundesrepublik DEUTSCHLAND verwendet ausschließlich **eigene Gesetznormen und Jurisfiktion**, obwohl sie selbst Konfliktpartei ist > unzulässig, da **parteilich und nicht neutral**.

### **2.4 Verletzung Art. 53 genfer Abkommen IV (Schutz vor Zerstörung und Rechtsentzug)**

Art. 53 genfer Abkommen IV verbietet jede staatliche Maßnahme, die Eigentum, Status, Existenz oder Sicherheit beeinträchtigt.

Bundesrepublik DEUTSCHLAND > Verwaltung, Familiengerichte, Sozialgerichte, Jugendämter greifen systematisch ein, in Folge entstehen schwere und systematische Rechtsverletzungen

### **2.5 Verletzung Art. 147 genfer Abkommen IV schwere Verstöße / Kriegsverbrechen**

Art. 147 genfer Abkommen IV als Kriegsverbrechen definiert:

- unrechtmäßige Deportation,
- rechtswidrige Freiheitsentziehung,
- Verweigerung eines fairen Verfahrens

Die Jurisfiktion der Bundesrepublik DEUTSCHLAND erfüllt die Prozeßgarantien des fairen Rechtes aus Art. 71–75 genfer Abkommen IV **nicht**.

In Folge sind die juristischen Verfahren vollständig unwirksam, weil rechtswidrig, wie die ANACOK-Stiftung am 03.11.2025 vorgetragen und bewiesen hat (Rücknahme des rechtswidrigen Verwaltungsaktes und Unzuständigkeit der Jurisfiktion in §§ 40-41 ZPO, § 40 VwGO).

### **3. Rechtsverletzung Art. 73 UN-Charta – Heiliger Rechtauftrag in der Treuhandpflicht**

**Art. 73 UN-Charta verpflichtet in den Doppelverpflichtungen:**

- **Rechtinteressen der Einwohner haben im Heiligen Auftrag ohne Widerspruch des Staates aufs Äußerste fördernd Vorrang.**
- **Der Staat ist Treuhänder, nicht Herrscher.**

Bei systematischen Versagen des Staates durch **Ausfall und Abwesenheit der Staatsfunktion** besteht für die Schutzmacht die Pflicht zum Ersatzvollzug (UN-RES 56/83).

Die Bundesrepublik DEUTSCHLAND :

- verweigert effektive Beschwerde (ECHR 75529/01)
- blockiert Schutzmachtverfahren
- verweigert Registrierung (Art. 140 genfer Abkommen IV)

Im Ergebnis liegt **vollständiger Totalausfall der Treuhandfunktion und Abwesenheit des Rechtsstaates** vor.

### **4. Art. 106–107 UN-Charta – Überleitungsvertrag Verletzung des Fortbestandes des Alliiertenrechtes - Opferschutz**

Art. 106 UN-Charta verlangt, bis zur Errichtung funktionsfähiger Sicherheitsstrukturen:

- Konsultation der Viermächte
- gemeinsame Maßnahmen zur Wahrung der Sicherheit.

Art. 107 bestätigt fortgeltende Maßnahmen gegenüber Staaten, die im Krieg stehen.

Die Jurisfektion der Bundesrepublik DEUTSCHLAND leugnet systematisch die Existenz und Anwendung des Überleitungsvertrages und Art. 106–107 UN-RES 56/83.

In Folge liegt **unzulässiger Verstoß gegen die Verpflichtungen im vorrangig zwingenden Völkerrecht**.

## 5. Art. 1-2 Überleitungsvertrag und Talionsgericht:

**Art. 1 ÜLV:** Rechtswirkungen alliierter Maßnahmen bleiben verbindlich.

**Art. 2 ÜLV:** Die Jurisfiktion der Bundesrepublik DEUTSCHLAND darf die Wirksamkeit alliierter Vorgänge und Feststellungen nicht in Frage stellen.

Kein „Richter“ darf Befugnisse beanspruchen, die gegen alliierte Vorrechte verstoßen.

Tatsächlich liegen Rechtsverletzung im Überleitungsvertrag in Art. 53, 106-107 UN-Charta vor.

Im Ergebnis liegt systematische **Rechtsbeugung zwingend im Völkerrecht als Völkermord vor.**

## 6. fehlende Rechtschaffung wegen fehlende legale Richter in der Jurisfiktion:

Grundlage:

### 6.1 Richter benötigen eine Betriebserlaubnis im Völkerrecht

ohne Zertifikat Zivilschutz SR 0.518.51:

→ keine Befähigung

→ keine Autorität

→ keine rechtliche Legitimation und Legalisation.

### 6.2 Verletzung des ordre public im öffentlichen Völkerrecht

Völkerrechtlicher ordre public verbietet jede staatliche Maßnahme, die Grundrechte und Grundfreiheiten verletzt. Wenn Völkerrecht nicht zwingend und unmittelbar angewandt wird, ist **jeder Verwaltungsakt und jede Entscheidung automatisch nichtig.**

### 6.3 ECHR 75529/01 – „Rechtsstandstill“

Der EGMR stellte fest, daß in der Bundesrepublik DEUTSCHLAND eine wirksame Beschwerde nicht existiert und in Folge kein funktionierender Rechtsstaat vorliegt.

### 6.4 Art. 95 UN-Charta – oberstes Gericht ist das Zivilschutzgericht / CHB-GdM

Das einzig zuständige Talionsgericht bei Vertrags- und Verpflichtungsverletzungen ist das **Schiedsgericht nach Art. 149** genfer Abkommen IV. Richter der Jurisfiktion sind nicht echte Richter, und in Folge keine **zuständigen Richter und können keine Rechtsvorschriften in Art. 1 (3) Überleitungsvertrag erlassen.**

## **7. Entscheidungen der Jurisfektion sind keine Rechtsvorschriften in Art. 1 (3), 2 Überleitungsvertrag in Verbindung mit Art. 53, 106-107 UN-Charta**

### **Voraussetzung für die Legalität von Rechtregeln:**

- zuständige Autorität, kein Wissen, vernünftiges Gewissen und Neutralität
- Einhaltung des übergeordneten Rechtes in der Rechtsanbindung
- ordre-public-Konformität – außervertragliche positive Verpflichtungsverletzungen
- Völkerrechtskonformität (Art. 20 (4), 24 (2-3), 25, 79 (3), 95 a.F. GG)
  - Fehlt eines dieser Voraussetzungen liegt vollständige Nichtigkeit wegen Rechtswidrigkeit vor.
  - Entscheidungen der Jurisfektion der Bundesrepublik DEUTSCHLAND verletzen regelmäßig:
- Art. 1–12 Genfer Abkommen IV
- Art. 43 Genfer Abkommen IV
- Art. 71–75 Genfer Abkommen IV
- Art. 144 Genfer Abkommen IV
- Art. 73 UN-Charta
- Art. 106–107 UN-Charta
- Art. 25 GG
- UN-RES 56/83 (Ersatzhandlungspflicht)

In Folge bestehen für gerichtliche Jurisfektionsentscheidungen:

- **keine Rechtswirkung**
- **keine Bindung**
- **keine Pflicht zur Befolgung**

## **8. freiwillige Gerichtsbarkeit unter Zwang - Völkermord**

Gerichtsbarkeit der Jurisfektion in der Bundesrepublik DEUTSCHLAND ist **freiwillig**, weil:

- Völkerrecht Vorrang hat
- Zivilschutz der lex specialis ist
- Feindstaatenklauseln bestehen
- Überleitungsvertrag die Zuständigkeit begrenzt
- fehlende Zertifizierung verhindert Hoheitsausübung und Vollstreckbarkeit

Wer in der Jurisfektion der Bundesrepublik DEUTSCHLAND die freiwillige Gerichtsbarkeit privat ohne Zwang nutzen möchte, tut dies **freiwillig**, nicht aufgrund einer völkerrechtlichen Pflicht.

## **9. Auszug aus den AHK-Gesetzen im Überleitungsvertrag – Art. 106-107 UN-Charta**

**autonom, alternativ sowie absolute Autarkie und Autorität**

Das genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 gilt für den Zivilschutz in Friedens- und Kriegszeiten. Das Kontrollratsgesetz Nr. 35 für die Jusrisfiktion gilt weiterhin, daß keine staatliche Gerichtsbarkeit besteht.

Die Verfolgung von geschützten Zivilisten und gebührend akkreditierten Delegierten nach Art. 132, 142-149 genfer Konvention IV zum Schutz vor der Zivilperson ist ein **Kriegsverbrechen nach VStGB und IStGB** und steht aufgrund der Verletzung des Art. 73 UN-Charta nach §§ 221, 339 StGB unter besonderer Strafe. Aus diesem Grund sind staatliche Gerichte in der Bundesrepublik für das vereinigte Wirtschaftsgebiet verboten und die Länder sind keine Staaten ( §§ 15, 16 GVG).

### **Grundlagen:**

1. Proklamation Nr. 8 - 09.02.1948 der Militärregierung DEUTSCHLAND auf US-Kontrollgebiet
2. Verordnung Nr. 126 – 09.02.1948 der Militärregierung DEUTSCHLAND auf GB-Kontrollgebiet
3. freiwillige Gerichtsbarkeit nach KRG Nr. 35 in Arbeits- und Schiedsgerichten

Kontrollratsgesetz Nr. 35, Gesetz zur Bereinigung des Besatzungsrechts (BRBG), Geltung ab 30.11.2007 Artikel 4 Gesetz vom 23.11.2007 BGBl. I S. 2614) nach den AHK-Bestimmungen erfolgen (Amtsblatt der AHK S. 174 vom 20.08.1946, zuletzt S. 103 vom 09.02.1950 – BT-Drucks 16/5051, ausgelöst durch ECGHR 75529/01 seit dem 08.06.2006

Der Ausdruck "Besatzungsbehörden", wie er verwendet wird, bezieht sich auf Organisationen und Personen, die in deren Namen Befugnisse ausüben oder im Falle von internationalen Organisationen (**in Art. 132, 142-149 genfer Konvention zum Schutz der Zivilisten**) und Organisationen anderer Mächte (und der Mitglieder solcher Organisationen) - mit deren Ermächtigung handeln, schließlich auf die, bei den Streitkräften der Drei Mächte dienenden Hilfsverbände anderer Mächte (Art. 1 (5) ÜLV, analog Art. 142 genfer Konvention zum Schutz vor der Zivilperson), denn das Anerkennungsgesetz ist reines Privatrecht und im öffentlichen Recht verboten. In der Metaphysik der reinen Vernunft gibt es nur das Gesetz der Erkenntnis, das Erkennen im öffentlichen Recht.

### **AHK 1949 Gesetz Nr. 13 Art. 1 Zitat:**

"Ohne ausdrücklich von dem Hohen Kommissar der Zone des Sitzes des betreffenden Gerichts allgemein oder in besonderen Fällen erteilte Genehmigung dürfen deutsche Gerichte Strafgerichtsbarkeit nicht ausüben: .... (b) wenn eine Person beschuldigt wird, eine strafbare Handlung begangen zu haben." (vgl. BGBl I 2007 Seite 2614 Art. 4 Gesetz zur Bereinigung des Besatzungsrechts § 1 (2) "Von der Aufhebung ausgenommen ist das Kontrollratsgesetz Nr. 35 über Ausgleichs- und Schiedsverfahren in Arbeitsstreitigkeiten vom 20. August 1946 (Amtsblatt des Kontrollrates S. 174), zuletzt geändert durch das Gesetz Februar 1950 (Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission für DEUTSCHLAND S.103)).

**ACHTUNG:**

Das genfer Abkommen IV - Vertrag 0.518.51 entspricht alternativ den AHK-Gesetzen!

**AHK-Gesetzesauszüge - speziell-  
gemäß AHK Gesetz Nr. 1 Art. 5 haben die Amtsblätter absolute Beweiskraft**

**AHK 1949 Gesetz Nr. 1 Art. 2 Zitat:**

"Es wird vermutet, daß jeder, der sich im Bundesgebiet aufhält, Kenntnis von den Veröffentlichungen im Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission hat."

**AHK 1949 Gesetz Nr. 1 Art. 4 Zitat:**

"Im Falle einer Strafverfolgung oder eines gerichtlichen Verfahrens wegen Nichtbeachtung oder Nichtbefolgung dieser Gesetzgebung kann die Verteidigung nicht darauf gestützt werden, daß der amtliche Text von dem Betroffenen nicht verstanden worden, oder daß die deutsche Übersetzung ungenau und unvollständig sei."

**AHK 1949 Gesetz Nr. 1 Art. 7(1) Zitat:**

"Alle deutschen staatlichen kommunalen und sonstigen Verwaltungsbehörden sind verpflichtet, das Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission zu halten und es ihrem Personal sowie der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen."

**AHK 1949 Gesetz Nr. 13 Art. 1 Zitat:**

"Ohne ausdrücklich von dem Hohen Kommissar der Zone des Sitzes des betreffenden Gerichts allgemein oder in besonderen Fällen erteilte Genehmigung dürfen deutsche Gerichte Strafgerichtsbarkeit nicht ausüben: .... (b) wenn eine Person beschuldigt wird, eine strafbare Handlung begangen zu haben." (vgl. BGBl I 2007 Seite 2614 Art. 4 Gesetz zur Bereinigung des Besatzungsrechts § 1 (2) "Von der Aufhebung ausgenommen ist das Kontrollratsgesetz Nr. 35 über Ausgleichs- und Schiedsverfahren in Arbeitsstreitigkeiten vom 20. August 1946 (Amtsblatt des Kontrollrates S. 174), zuletzt geändert durch das Gesetz Februar 1950 (Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission für DEUTSCHLAND S.103)).

**AHK 1949 Gesetz Nr. 13 Art. 3 (2) Zitat:**

"Wenn über das Bestehen, den Inhalt, die Rechtsgültigkeit oder den Zweck einer Anordnung der Besatzungsbehörden oder Besatzungsstreitkräfte oder einer von ihnen abgelösten Behörden oder die Anwendbarkeit der Artikel 1 und 2 dieses Gesetzes auf eine Person oder einen Vermögensgegenstand zu entscheiden ist, haben die damit befaßten deutschen Behörden das Verfahren sogleich auszusetzen und die Frage an die Besatzungsbehörden zu überweisen. Die zuständigen Besatzungsbehörden oder ein Besatzungsgericht, falls die Angelegenheit von ihnen einem solchen überwiesen worden ist, erteilen einen endgültigen Bescheid. Der Bescheid ist für die deutschen Behörden bindend."

1. Verfahren und Entscheidungen deutscher Gerichte in Angelegenheiten, die ihrer Zuständigkeit entzogen sind, sind nichtig." (vgl. BGBl I 2007 Seite 2614 Art. 4 Gesetz zur Bereinigung des Besatzungsrechts § 1 (2) (Amtsblatt des Kontrollrates KRG Nr. 35))

**AHK 1949 Gesetz Nr. 13 Art. 8 Zitat:**

" In Fällen, die gemäß diesem Gesetz der Gerichtsbarkeit deutscher Gerichte nicht unterliegen, darf keine deutsche Behörde ohne eine ausdrückliche allgemein oder in besonderen Fällen erteilte Ermächtigung der Besatzungsbehörden Strafen auferlegen oder Zwangsmaßnahmen irgendwelcher Art treffen." (vgl. BGBl I 2007 Seite 2614 Art. 4 Gesetz zur Bereinigung des Besatzungsrechts § 1 (2) (Amtsblatt des Kontrollrates KRG Nr. 35))

**AHK 1950/1951 Gesetz Nr. 47 Art. 3 Zitat:**

"Die Handlung oder Unterlassung muß auch nach deutschem Recht die Person, die den Verlust oder Schaden erlitten hat, zu einer Entschädigung gegen denjenigen berechtigen, der die Handlung oder Unterlassung begangen hat, oder den eine Verantwortung dafür trifft."

**AHK 1949 Gesetz Nr. 3 Art. 4 Zitat:**

"Niemand darf wegen einer Handlung verfolgt werden, die einen Verstoß gegen durch die Besatzungsbehörden aufgehobene Gesetzgebung darstellt es sei denn, daß diese Handlung zugleich gegen die in Kraft befindliche Gesetzgebung verstößt, oder daß die Strafverfolgung innerhalb drei Monate nach der Aufhebung eingeleitet worden ist."

**Zwangsvollstreckung:**

Die Veräußerung der Inhaber und Urheberrechte gleicht einer Zwangsvollstreckung und ist grundsätzlich unzulässig, weil das Gesetz über die Zwangsvollstreckung aufgehoben wurde (BGBl. 2006, Seite 875, Teil I, Nr. 18 vom 24.04.2006).

**Artikel 56 (310-10)**

**Aufhebung der Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiet der  
Zwangsvollstreckung**

Die Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiet der Zwangsvollstreckung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 310-10, veröffentlichten bereinigten Fassung, geändert durch Artikel 7 Abs. 17 des Gesetzes vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1149), wird aufgehoben.

## 10. zusammenfassendes Endergebnis im Zusammenhang mit Völkermord

Die zwangsweise „freiwillige“ Gerichtsbarkeit ist rechtswidrig und wer die Entscheidung der Jurisfiktion befolgt, macht dies unter Rechtsverlust privat. Privat ist unter Zwang im öffentlichen Völkerrecht nur erlaubt, wer die Jurisfiktion in der freiwilligen Gerichtsbarkeit duldet (Vergleich Art. 1 (3), 2 ÜLV).

Die Zwangs-FGG und der Kindesraub in der Vollstreckung erfüllen den Tatbestand des Völkermordes wegen den Maßnahmen der illegalen und illegitimen privaten Vollstreckungen gegen das Recht der Familie HARTLEF-RINGLEBEN.

Die Jurisfiktion der Bundesrepublik DEUTSCHLAND erfüllt **keine** der zwingenden Voraussetzungen aus genfer Abkommen IV, UN-Charta und Überleitungsvertrag.

In Folge kann:

- **keiner Richter sein**
- **keiner Rechtsvorschriften erzeugen**
- **keiner verbindliche Entscheidungen treffen**
- **keiner Rechtsstaatlichkeit herstellen.**

Bei Verletzung der Artikel 1–12, 43, 53, 73, 95, 106–107 UN-Charta gilt:

- **Ausfall der Staatsfunktion, Ersatzhandlungspflicht (Art. 56 UN-RES 56/83)  
in Folge liegt die Zuständigkeit ausschließlich beim Schiedsgericht**

Der ANACOK-Stiftung ist die gebührende Tätigkeit seit dem 31.10.2025 im Tageseinsatz mit 3.500.00 € /Stunde zu ersetzen, da eine ad-hoc Task-Force 24 Stunden Tätigkeit bis zur Beendigung des Verbrechens zurzeit von 2.352.000,00 € besteht. Die zu zahlende Ordnungswidrigkeit beträgt in § 30 OWiG in Verbindung mit §§ 13-15 VStGB pro Opfer 10.000.000,00 € an die ANACOK-Stiftung und ist sofort vollstreckbar.

Die Gebühren des Talionsgerichts sind von der Bundesrepublik DEUTSCHLAND zu zahlen.

Der finale Richter des CHB-GdM wird von Amts wegen tätig, auch wenn die Bundesrepublik DEUTSCHLAND untätig verbleiben sollte. Die Feststellung ist zwingend und unmittelbar im genfer Abkommen und §§ 43, 53, 73, 95, 102-107 UN-Charta vollstreckbar.



*M. H. Keli...*

- Art. 1-11, 52 genfer Abkommen I - SR 0.518.12
- Art. 1-11, 53 genfer Abkommen II - SR 0.518.23
- Art. 1-11, 104, 132 genfer Abkommen III - SR 0.518.42
- Art. 1-12, 149 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51

**CHB-GdM-TR, 27.11.2025, Schiedsrichter gemäß genfer Abkommen  
Rechtstitel ECHR 755297/01- Hoheitliche Subsidiarität – self executive & executing order (SEO)**



## **Ratifikation im Namen und im Rechtauftrag der Schutzmacht:**

State notary Ralf GROSSER – TOSTEDT	139/2013 GdM /CHB	STADE	9191 a 84 – 9 /2013
-------------------------------------	-------------------	-------	---------------------

### **Zertifikation und Ratifikation im Völkerrecht Beweisurkunden mit absoluter Beweiskraft**

#### **wiener Abkommen - Diplomatie:**

**Landesnotar Egmont BILZHAUSE jun., STADE, Urkunde 247/2020 vom 07.07.2020**

haager Abkommen - Apostille:

**Landgericht STADE, Apostille 9191 a 119– 133 /2020**

als Beitritt in die genfer Abkommen durch Ratifikation:

**SR 0.518.12, SR - 0.518.23, SR - 0.518.42, SR - 0.518.51**

Beweis: Zustellungsurkunden - Art. 155-159 - SR - 0.518.51

**BRD: RT963984265DE = RJ000105726DE und CH: 98.40.472361.14618493**

#### **Dokumente:**

**[https://chb-gdm.org/files/2020\\_08\\_12-Ratifikation-Schutzmacht--2023\\_03\\_20-Liste-Staaten.pdf](https://chb-gdm.org/files/2020_08_12-Ratifikation-Schutzmacht--2023_03_20-Liste-Staaten.pdf)**

**[https://chb-gdm.org/files/2020\\_07\\_24-Protokoll-Nachweis-an-den-Bundesrat-CH-Bern--RT963984265DE.pdf](https://chb-gdm.org/files/2020_07_24-Protokoll-Nachweis-an-den-Bundesrat-CH-Bern--RT963984265DE.pdf)**



Art. 95 UN-CHARTA



**CHB/GdM**  
directly originär-prerogative public mandatory  
**Restitution Court**

(Art. 43, 73, 95 UN-Charta, Art. 149 gA IV)

**Court of the Human Beings [CHB] for Protective Power [PP] & CIA**  
directly mandatory Restitution Court in the civil protection of the protecting power

Atatürk Bulvarı No:185, [TR-06680] Ankara /TURKEY

von den Eltern aggressiv beraubte Kinder im Zivilschutz der Schutzmacht  
 ZentralMeldeAmt – Art. 140-149 genfer Abkommen IV – SR 0.514.51

**Mutter Susanne HARTLEF-RINGLEBEN**, geb. 05.06.1979 – Immu 1  
 und Vater **Holger HARTLEF-RINGLEBEN**, geb. **05.11.1967** – Immu 1

- **Silke HARTLEF-RINGLEBEN**, geb. 21.08.2008
- **Julia HARTLEF-RINGLEBEN**, geb. 12.06.2012
- **Constanze HARTLEF-RINGLEBEN**, geb. 25.12.2014
- **Wendy HARTLEF-RINGLEBEN**, geb. 04.03.2017
- **Alex HARTLEF-RINGLEBEN**, geb. 25.07.2019
- **Lilly HARTLEF-RINGLEBEN**, geb. 02.02.2021
- **Arielle HARTLEF-RINGLEBEN**, geb. 17.10.2022

Familiengericht beim Amtsgericht HERZBERG am Harz

Geschäftszeichen: **7 F 151/25 EASO** und **7 F 209/25 EAHK**

Schloß 4, 37412 HERZBERG am Harz

poststelle@ag-herzberg.niedersachsen.de

Telefax +49 (0) 5521 / 894 150

Telefon +49 (0) 5521 / 894 0

1. **Az.: 7 F 151/25 EASO**

*(EASO steht für „Einstweilige Anordnung Sorgerecht“ – vorläufiger Entzug der elterlichen Sorge)*

2. **Az.: 7 F 209/25 EAHK**

*(EAHK steht für „Einstweilige Anordnung Herausgabe Kind“ – Wegnahme der Kinder durch Jugendamt)*

Zentrale Dienstaufsicht / Obergericht

wirksame Beschwerde

**Landgericht Göttingen**

Berliner Straße 8

37073 Göttingen

Telefon: +49 (0) 551 / 496 0

Telefax +49 (0) 551 / 496 100

poststelle@lg-goettingen.niedersachsen.de

<https://www.landgericht-goettingen.niedersachsen.de>

- Mutter Susanne HARTLEF-RINGLEBEN, geb. 05.06.1979 – Immunität 1



**SCHUTZMACHT im Zivilschutz - Zivilstandschutzwesen**  
PROTECTIVE POWER in Civil Protection / POUVOIR de PROTECTEUR dans la Protection Civile

**eID Entrinitätskarte**  
eID Entrinity Card / eID Carte d'Entité



**Zentral Melde Amt / Central Intelligence Agency / Agence Centrale de Renseignement**

**SR - 0.518.51**



eIDENT:19790605-sH-00000001

Susanne HARTLEF-RINGLEBEN

**Nachname / Last Name / Nom de Famille**  
HARTLEF-RINGLEBEN

**Vorname / First Name / Prénom**  
susanne

**Geschlecht / Gender / Genre**  
W

**Immunität / Immunity / Immunité**  
1 - Voll \* Full \* Complet

**Geburtsdatum / Date of Birth / Date de Naissance [DATE]**  
05.06.1979

**Geburtsort / Place of Birth / Lieu de Naissance [GEO]**  
DE 21614 BUXTEHUDE

**Staatsangehörigkeit / Nationality / Nationalité [NATIONALITY]**  
DE

**Dokumentnummer / Document Number / Numéro du Document**  
19790605-sH-00000001

**Ablaufdatum / Expiry Date / Date d'Expiration**  
14.09.2034

**Unterschrift Inhaber / Signature Owner / Propriétaire Signé**

**Rechtswahl - Right Choice - Choix Droit Applicable**

Court of the Human Beings [CHB] for Protective Power [PP] & CIA  
Gerichtshof der Menschen [GdM] im Zivilschutz der Schutzmacht [ZS] & CIA  
Tribunal des Êtres Humains [TEH] pour Pouvoir Protecteur [PP] & CIA



Größe, Augenfarbe L/R / Size, Eye Color L/R / Taille, Couleur des Yeux G/D  
**178 / D40 / D40**

Blutgruppe / Blood Type / Groupe Sanguin

Impfstatus / Vaccination Status/ Statut Vaccinal  
**keine \* no \* non**

Organ- & Blut Spende / Organ- & Blood Donation / Don d'Organes & Sang  
**keine \* no \* non**

Art. 140 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51 – SCHUTZMACHT \* PROTECTIVE POWER \* POUVOIR PROTECTEUR



e I D < < H A R T L E F - R I N G L E B E N < S U S A N N

D E < 3 W 7 9 0 6 0 5 D E < < < < < < < < < < < < < < < < <

1 9 7 9 0 6 0 5 s H 0 0 0 0 0 0 0 1 < 2 4 0 9 1 4 < < < < <

- **Silke HARTLEF-RINGLEBEN**, geb. 21.08.2008



**SCHUTZMACHT im Zivilschutz - Zivilstandschutzwesen**  
PROTECTIVE POWER in Civil Protection / POUVOIR de PROTECTEUR dans la Protection Civile

**eID Entrinitätskarte**  
eID Entrinity Card / eID Carte d'Entité



**Zentral Melde Amt / Central Intelligence Agency / Agence Centrale de Renseignement**

SR - 0.518.51

Nachname / Last Name / Nom de Famille  
**HARTLEF-RINGLEBEN**

Vorname / First Name / Prénom  
**silke**

Geschlecht / Gender / Genre  
**W**

Immunität / Immunity / Immunité  
**2 - Teil \* Partial \* Partielle**

Geburtsdatum / Date of Birth / Date de Naissance [DATE]  
**21.08.2008**

Geburtsort / Place of Birth / Lieu de Naissance [GEO]  
**DE 21614 BUXTEHUDE**

Staatsangehörigkeit / Nationality / Nationalité [NATIONALITY]  
**DE**

Dokumentennummer / Document Number / Numéro du Document  
**20080821-sH-00000001**

Ablaufdatum / Expiry Date / Date d'Expiration  
**14.09.2034**

Unterschrift Inhaber / Signature Owner / Propriétaire Signé



eIDENT:20080821-sH-00000001

Silke HARTLEF-RINGLEBEN

Rechtswahl - Right Choice - Choix Droit Applicable

Court of the Human Beings [CHB] for Protective Power [PP] & CIA  
Gerichtshof der Menschen [GdM] im Zivilschutz der Schutzmacht [ZS] & CIA  
Tribunal des Êtres Humains [TEH] pour Pouvoir Protecteur [PP] & CIA

Größe, Augenfarbe L/R / Size, Eye Color L/R / Taille, Couleur des Yeux G/D  
**170 / D34 / D34**

Blutgruppe / Blood Type / Groupe Sanguin

Impfstatus / Vaccination Status/ Statut Vaccinal  
**keine \* no \* non**

Organ- & Blut Spende / Organ- & Blood Donation / Don d'Organes & Sang  
**keine \* no \* non**





Art. 140 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51 – SCHUTZMACHT \* PROTECTIVE POWER \* POUVOIR PROTECTEUR

e I D < < H A R T L E F - R I N G L E B E N < J U L I A < <

D E < 0 W 1 2 0 6 1 2 D E < < < < < < < < < < < < <

2 0 1 2 0 6 1 2 j H 0 0 0 0 0 0 0 1 < 2 4 0 9 1 1 < < < <

- **Julia HARTLEF-RINGLEBEN**, geb. 12.06.2012



**SCHUTZMACHT im Zivilschutz - Zivilstandsschutzwesen**  
PROTECTIVE POWER in Civil Protection / POUVOIR de PROTECTEUR dans la Protection Civile

**eID Entrinitätskarte**  
eID Entrinity Card / eID Carte d'Entité



**Zentral Melde Amt / Central Intelligence Agency / Agence Centrale de Renseignement**

**SR - 0.518.51**

Nachname / Last Name / Nom de Famille  
**HARTLEF-RINGLEBEN**

Vorname / First Name / Prénom  
**Julia**

Geschlecht / Gender / Genre  
**W**

Immunität / Immunity / Immunité  
**2 - Teil \* Partial \* Partielle**

Geburtsdatum / Date of Birth / Date de Naissance [DATE]  
**12.06.2012**

Geburtsort / Place of Birth / Lieu de Naissance [GEO]  
**DE 21614 BUXTEHUDE**

Staatsangehörigkeit / Nationality / Nationalité [NATIONALITY]  
**DE**

Dokumentnummer / Document Number / Numéro du Document  
**20120612-jH-00000001**

Ablaufdatum / Expiry Date / Date d'Expiration  
**11.09.2034**

Unterschrift Inhaber / Signature Owner / Propriétaire Signé



eIDENT:20120612-jH-00000001

*Julia HARTLEF-RINGLEBEN*

**Rechtswahl - Right Choice - Choix Droit Applicable**

Court of the Human Beings [CHB] for Protective Power [PP] & CIA  
Gerichthof der Menschen [GdM] im Zivilschutz der Schutzmacht [ZS] & CIA  
Tribunal des Êtres Humains [TEH] pour Pouvoir Protecteur [PP] & CIA

Größe, Augenfarbe L/R / Size, Eye Color L/R / Taille, Couleur des Yeux G/D  
**170 / D34 / D34**

Blutgruppe / Blood Type / Groupe Sanguin  
**keine \* no \* non**

Impfstatus / Vaccination Status/ Statut Vaccinal  
**keine \* no \* non**

Organ- & Blut Spende / Organ- & Blood Donation / Don d'Organes & Sang  
**keine \* no \* non**




**Art. 140 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51 – SCHUTZMACHT \* PROTECTIVE POWER \* POUVOIR PROTECTEUR**

e I D < < H A R T L E F - R I N G L E B E N < J U L I A < <  
 D E < O W 1 2 0 6 1 2 D E < < < < < < < < < < < < < < < < <  
 2 0 1 2 0 6 1 2 j H 0 0 0 0 0 0 0 1 < 2 4 0 9 1 1 < < < < <



- Wendy HARTLEF-RINGLEBEN, geb. 04.03.2017



**SCHUTZMACHT im Zivilschutz - Zivilstandschutzwesen**  
 PROTECTIVE POWER in Civil Protection / POUVOIR de PROTECTEUR dans la Protection Civile

**eID Entrinitätskarte**  
 eID Entrinity Card / eID Carte d'Énité



Zentral Melde Amt / Central Intelligence Agency / Agence Centrale de Renseignement

**SR - 0.518.51**



*Ausnahme: HARTLEF-RINGLEBEN*

eIDENT:20170304-WH-00000001

Nachname / Last Name / Nom de Famille  
**HARTLEF-RINGLEBEN**  
 Vorname / First Name / Prénom  
**Wendy**  
 Geschlecht / Gender / Genre  
**W**  
 Immunität / Immunity / Immunité  
**2 - Teil \* Partial \* Partielle**  
 Geburtsdatum / Date of Birth / Date de Naissance [DATE]  
**04.03.2017**  
 Geburtsort / Place of Birth / Lieu de Naissance [GEO]  
**DE 21614 BUXTEHUDE**  
 Staatsangehörigkeit / Nationality / Nationalité [NATIONALITY]  
**DE**  
 Dokumentennummer / Document Number / Numéro du Document  
**20170304-WH-00000001**  
 Ablaufdatum / Expiry Date / Date d'Expiration  
**11.09.2034**  
 Unterschrift Inhaber / Signature Owner / Propriétaire Signé

**Rechtswahl - Right Choice - Choix Droit Applicable**

Court of the Human Beings [CHB] for Protective Power [PP] & CIA  
 Gerichtshof der Menschen [GdM] im Zivilschutz der Schutzmacht [ZS] & CIA  
 Tribunal des Êtres Humains [TEH] pour Pouvoir Protecteur [PP] & CIA



Größe, Augenfarbe L/R / Size, Eye Color L/R / Taille, Couleur des Yeux G/D  
**118 / A30 / A30**  
 Blutgruppe / Blood Type / Groupe Sanguin

Impfstatus / Vaccination Status/ Statut Vaccinal  
**keine \* no \* non**  
 Organ- & Blut Spende / Organ- & Blood Donation / Don d'Organes & Sang  
**keine \* no \* non**



Art. 140 genfer Abkommen IV – SR.0.518.51 – SCHUTZMACHT \* PROTECTIVE POWER \* POUVOIR PROTECTEUR

e I D < < H A R T L E F - R I N G L E B E N < A L E X < < <  
 D E < 4 M 1 9 0 7 2 5 D E < < < < < < < < < < < < < <  
 2 0 1 9 0 7 2 5 a H 0 0 0 0 0 0 0 1 < 2 4 0 9 1 1 < < < <

- Alex HARTLEF-RINGLEBEN, geb. 25.07.2019



**SCHUTZMACHT im Zivilschutz - Zivilstandsschutzwesen**  
 PROTECTIVE POWER in Civil Protection / POUVOIR de PROTECTEUR dans la Protection Civile

**eID Entrinitätskarte**  
 eID Entrinity Card / eID Carte d'Éntité



Zentral Melde Amt / Central Intelligence Agency / Agence Centrale de Renseignement

**SR - 0.518.51**



*Ausdruck: HARTLEF-RINGLEBEN/ALEX*

eIDENT:20190725-aH-000000001

Nachname / Last Name / Nom de Famille  
 HARTLEF-RINGLEBEN  
 Vorname / First Name / Prénom  
 Alex  
 Geschlecht / Gender / Genre  
 M  
 Immunität / Immunity / Immunité  
 2 - Teil \* Partial \* Partielle  
 Geburtsdatum / Date of Birth / Date de Naissance [DATE]  
 25.07.2019  
 Geburtsort / Place of Birth / Lieu de Naissance [GEO]  
 DE 21614 BUXTEHUDE  
 Staatsangehörigkeit / Nationality / Nationalité [NATIONALITY]  
 DE  
 Dokumentennummer / Document Number / Numéro du Document  
 20190725-aH-00000001  
 Ablaufdatum / Expiry Date / Date d'Expiration  
 11.09.2034  
 Unterschrift Inhaber / Signature Owner / Propriétaire Signé

**Rechtswahl - Right Choice - Choix Droit Applicable**

Court of the Human Beings [CHB] for Protective Power [PP] & CIA  
 Gerichthof der Menschen [GdM] im Zivilschutz der Schutzmacht [ZS] & CIA  
 Tribunal des Êtres Humains [TEH] pour Pouvoir Protecteur [PP] & CIA



Größe, Augenfarbe L/R / Size, Eye Color L/R / Taille, Couleur des Yeux G/D  
 118 / A30 / A30  
 Blutgruppe / Blood Type / Groupe Sanguin

Impfstatus / Vaccination Status/ Statut Vaccinal  
 keine \* no \* non  
 Organ- & Blut Spende / Organ- & Blood Donation / Don d'Organes & Sang  
 keine \* no \* non



Art. 140 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51 – SCHUTZMACHT \* PROTECTIVE POWER \* POUVOIR PROTECTEUR

e I D < < H A R T L E F - R I N G L E B E N < A L E X < < <  
 D E < 4 M 1 9 0 7 2 5 D E < < < < < < < < < < < < < < <  
 2 0 1 9 0 7 2 5 a H 0 0 0 0 0 0 0 1 < 2 4 0 9 1 1 < < < < <



- Arielle HARTLEF-RINGLEBEN, geb. 17.10.2022



**SCHUTZMACHT im Zivilschutz - Zivilstandschutzwesen**  
PROTECTIVE POWER in Civil Protection / POUVOIR de PROTECTEUR dans la Protection Civile

**eID Entrinitätskarte**  
eID Entrinity Card / eID Carte d'Entité



**Zentral Melde Amt / Central Intelligence Agency / Agence Centrale de Renseignement**

**SR - 0.518.51**



Ausnahme HARTLEF-R//GLEBEN

eIDENT:20221017-aH-00000001

**Nachname / Last Name / Nom de Famille**  
HARTLEF-RINGLEBEN

**Vorname / First Name / Prénom**  
Arielle

**Geschlecht / Gender / Genre**  
W

**Immunität / Immunity / Immunité**  
2 - Teil \* Partial \* Partielle

**Geburtsdatum / Date of Birth / Date de Naissance [DATE]**  
17.10.2022

**Geburtsort / Place of Birth / Lieu de Naissance [GEO]**  
DE 37445 WALKENRIED

**Staatsangehörigkeit / Nationality / Nationalité [NATIONALITY]**  
DE

**Dokumentennummer / Document Number / Numéro du Document**  
20221017-aH-00000001

**Ablaufdatum / Expiry Date / Date d'Expiration**  
11.09.2034

**Unterschrift Inhaber / Signature Owner / Propriétaire Signé**



**Rechtswahl - Right Choice - Choix Droit Applicable**

Court of the Human Beings [CHB] for Protective Power [PP] & CIA  
Gerichtshof der Menschen [GdM] im Zivilschutz der Schutzmacht [ZS] & CIA  
Tribunal des Êtres Humains [TEH] pour Pouvoir Protecteur [PP] & CIA



Größe, Augenfarbe L/R / Size, Eye Color L/R / Taille, Couleur des Yeux G/D  
**87 / A30 / A30**

Blutgruppe / Blood Type / Groupe Sanguin

Impfstatus / Vaccination Status/ Statut Vaccinal  
**keine \* no \* non**

Organ- & Blut Spende / Organ- & Blood Donation / Don d'Organes & Sang  
**keine \* no \* non**

Art. 140 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51 – SCHUTZMACHT \* PROTECTIVE POWER \* POUVOIR PROTECTEUR

e I D < < H A R T L E F - R I N G L E B E N < A R I E L L E

D E < 1 W 2 2 1 0 1 7 D E < < < < < < < < < < < < < <

2 0 2 2 1 0 1 7 a H 0 0 0 0 0 0 0 1 < 2 4 0 9 1 1 < < < <



Court of the Human Beings [CHB] for Protective Power [PP] & CIA  
 Restitutionsgericht [GdM] im Zivilschutz der Schutzmacht  
 Atatürk Bulvarı No:185, [TR-06680] Ankara /TURKEY

**Adresse BIH : COURT OF THE HUMAN BEINGS  
 ĆAMILA AVDIĆA 15  
 SARAJEVO NOVI GRAD BOSNIEN UND HERZEGOWINA**

Konto beim Institut: Ziraat Bank – Euro KONTO - gebührend Art. 142 genfer Abkommen IV

ZIRAATBANK BH DD SARAJEVO - SARAJEVO, BIH  
**Bank: SWIFT / BIC: TZBBBA22**

Kontoinhaber: **COURT OF THE HUMAN BEINGS**  
 IBAN: **BA391861211210013320**

Adresse:  
 CHB, ĆAMILA AVDIĆA 15, SARAJEVO NOVI GRAD BOSNIEN UND HERZEGOWINA

ANWEISUNGEN FÜR EINGANGSZAHLUNGEN ZUGUNSTEN

**Court of the Human Beings [CHB] for Protective Power [PP] & CIA**  
 Restitutionsgericht [GdM] im Zivilschutz der Schutzmacht  
 Atatürk Bulvarı No:185, [TR-06680] Ankara /TURKEY

**€URO -Korrespondenzbanken mit der ZIRAATBANK BH DD SARAJEVO**

<u>Bank</u>	<u>Land</u>	<u>SWIFT/BIC</u>	<u>Kontonummer</u>
Deutsche Bank AG*	DEUTSCHLAND	DEUTDEFF	936276510
Commerzbank AG	DEUTSCHLAND	COBADEFF	400 8769523
Raiffeisen Bank International AG	Österreich	RZBAATWW	1-55.107.734
TC Ziraat Bankasi AS	Türkei	TCZBTR2A	999000185002

ZIRAATBANK BH D.D. Zmaja od Bosne 47C,  
 71000 Sarajevo, Stadtgericht Bosnien und Herzegowina in Sarajevo 065-0-Reg-16-000906

Zusammenfassung: imperative Zusammenfassung zur staatlichen Nichterfüllung der Anforderungen aus genfer Abkommen IV, Art. 43, 53, 73, 106-107 UN-Charta und Überleitungsvertrag

### **1. zwingende Ausgangslage**

Das zwingende Völkerrecht verpflichtet alle Behörden und Amtsträger, das genfer Abkommen IV nach Art. 1 unter allen Umständen einzuhalten und seine Einhaltung durchzusetzen. Nach Art. 25 GG hat das Völkerrecht Vorrang und gilt unmittelbar. UN-RES 56/83 verpflichtet zur Ersatzhandlungspflicht bei Ausfall des Staates.

### **2. fehlende Zertifizierung und Schulung**

Art. 144 genfer Abkommen verpflichtet alle Behördenbediensteten zur besonderen Unterrichtung über das Abkommen. Ohne Zertifikat SR 0.518.51 besteht keine Befugnis zur Anwendung des öffentlichen Rechts. Entscheidungen ohne Zertifizierung sind nichtig.

### **3. Verletzung der Schutzmechanismen**

genfer Abkommen Art. 9–12 schreiben zwingend die Schutzmacht und neutrale Vermittlungsstellen vor. Nationale Behörden ersetzen diese unzulässigerweise durch eigene Gerichte. Dies verletzt den Vertrag.

### **4. unzulässige Anwendung nationaler Zwangsmaßnahmen**

genfer Abkommen Art. 43 und Art. 53 verbieten staatliche Eingriffe ohne völkerrechtliche Kontrolle. Nationale Maßnahmen ohne Schutzmachtverfahren sind völkerrechtswidrig.

### **5. schwere Verpflichtungs- und Vertragsverletzungen nach Art. 147 genfer Abkommen IV**

Unrechtmäßige Deportation, Freiheitsentziehung, verweigerter Rechtsschutz und fehlende Verfahrensgarantien stellen schwere Vertragsverletzungen dar und sind nicht mit nationalem Recht heilbar.

### **6. Art. 73 UN-Charta – positive Verletzung des Heiligen Treuhandauftrages**

Versagt der Staat in der Wahrnehmung der Schutzpflicht, tritt Ausfall und Abwesenheit der Staatsfunktion ein. Nationale Gerichte können keine wirksame Beschwerde gewähren. Ersatzvollzug wird obligatorisch.

### **7. Art. 106–107 UN-Charta**

Die alliierten Rechte gelten fort. Nationale Gerichte dürfen Hoheitsakte nicht entgegen diesen Rechten ausüben. Die bestehenden Vorbehalte verhindern eine eigenständige staatliche Souveränität.

### **8. Art. 1-2 Überleitungsvertrag**

Alliierte Maßnahmen haben Rechtsvorrang. Gerichte der BRD dürfen diese nicht überprüfen. Jede Entscheidung, die gegen alliierte Vorrechte verstößt, ist nichtig.

### **9. Richter ohne völkerrechtliches Wissen, Befugnis und Betriebserlaubnis**

Ohne Zertifizierung im Zivilschutz fehlt die Betriebserlaubnis zur Ausübung von Recht. Entscheidungen ohne Völkerrechtskonformität verletzen Art. 25 GG und sind wirkungslos.

### **10. freiwillige Gerichtsbarkeit unter Zwang**

Ohne Erfüllung der völkerrechtlichen Voraussetzungen kann nationale Gerichtsbarkeit nur freiwillig ausgeübt werden, nicht unter Zwang. Bei Verletzung der Art. 43, 53, 73, 106–107 UN-Charta entfällt jede Bindewirkung.

### **11. Ergebnis in systematischer Folge**

Die Juristen der Bundesrepublik DEUTSCHLAND erfüllen keine der zwingenden Anforderungen des genfer Abkommens IV, des Überleitungsvertrags und der UN-Charta. Damit kann nationale Rechtsprechung keine verbindlichen Rechtsvorschriften erzeugen. Zuständig bleibt ausschließlich das Schutzmacht-Schiedsgericht nach Art. 149 genfer Abkommen IV.

Verteiler- Liste:

## SCHUTZMACHT - SR 0.518.51



## SIVILKORUMA - SR 0.518.51



imperativ öffentlich-völkerrechtliche Rechtregeln in der Rechtspaltung  
vor staatliche Gesetzesnormen in der bevorrechtigten Rechtsanbindung zum Völkerrecht

öffentliches Regelwerk im unmittelbar zwingenden Völkerrecht  
Art. 53, 43, 73, 95, 102-106, 107 UN-Charta + genfer Abkommen IV + UN-RES 56/83  
**vollständig-klare Liste mit Kontaktmöglichkeiten.**

### 1. UN – Amt für Rechtsangelegenheiten (Office of Legal Affairs, OLA)

#### rechtliche Zuständigkeit:

- Art. 102 UN-Charta (Registrierung von Verträgen/Schiedsentscheidungen)
- Art. 95 UN-Charta (Schiedsgerichte)
- Art. 106 UN-Charta (Viermächte-Mechanismus)
- UN-RES 56/83 (Staatenverantwortlichkeit)

#### Adresse:

United Nations Headquarters  
Office of Legal Affairs (OLA)  
405 East 42nd Street  
New York, NY 10017  
USA

#### E-Mail:

- [ola@un.org](mailto:ola@un.org)
- [treaty@un.org](mailto:treaty@un.org) (für Registrierung nach Art. 102 UN-Charta)

#### Telefon (UN Hauptzentrale):

+1 212 963 1234

## 2. UN – Department of Peace Operations (DPO)

### **rechtliche Zuständigkeit:**

- Art. 43 UN-Charta (Bereitstellung von Kräften/Task-Force)
- Art. 106 UN-Charta (Übergangsmechanismus)

### **Adresse:**

United Nations  
Department of Peace Operations  
One UN Plaza  
New York, NY 10017  
USA

### **E-Mail:**

- [secretariat@un.org](mailto:secretariat@un.org)
- [dpko-director@un.org](mailto:dpko-director@un.org)

## 3. UN – Sicherheitsrat (UN Security Council)

### **rechtliche Zuständigkeit:**

- Art. 43 UN-Charta (Vollstreckung)
- Art. 106 UN-Charta (Vorläufige Maßnahmen)
- Art. 95 (Mitwirkung bei internationalen Entscheidungen)

### **Adresse:**

UN Security Council  
United Nations Headquarters  
New York, NY 10017  
USA

### **E-Mail:**

- [sc-adi@un.org](mailto:sc-adi@un.org) (Security Council Affairs Division)

#### 4. UN – Human Rights (OHCHR)

**Rechtliche Zuständigkeit:**

- Menschenrechtliche Schutzpflichten
- Kommunikationsausfall
- Schutzverletzungen der Staaten
- Kinder, Familie, Kriegsfolgen (genfer Abkommen)

**Adresse:**

Office of the High Commissioner for Human Rights  
Palais des Nations  
CH-1211 Geneva 10  
Switzerland

**E-Mail:**

- [InfoDesk@ohchr.org](mailto:InfoDesk@ohchr.org)
- [cmsp@ohchr.org](mailto:cmsp@ohchr.org) (Communications Procedure)

**Telefon:**

+41 22 917 9220

#### 5. UN – Treaty Section (Depositär-Ersatz)

**rechtliche Zuständigkeit:**

- Wenn der Depositärstaat (z. B. Schweiz) *ausfällt*
- UN registriert selbst gemäß Art. 102 UN-Charta
- Schiedsentscheidungen werden dort hinterlegt

**Adresse:**

UN Treaty Section  
Office of Legal Affairs  
United Nations  
New York, NY 10017  
USA

**E-Mail:**

- [treaty@un.org](mailto:treaty@un.org)

## **6. Alliiertenstellen (Art. 106 UN-Charta)**

Diese sind für den **Viermächte-Mechanismus** zuständig, der greift, wenn ein Staat (z. B. Schweiz, DEUTSCHLAND) ausfällt und die Schutzmacht nicht bestätigen will: vier Mächte:

### **6.1. USA – US Forces Europe / U.S. Mission to Germany**

**Clayallee 170  
14191 Berlin  
DEUTSCHLAND**

**E-Mail:**

- [press@usembassy.de](mailto:press@usembassy.de)
- [contact@state.gov](mailto:contact@state.gov)

### **6.2. Vereinigtes Königreich – British Forces Germany**

**British Embassy Berlin  
Wilhelmstraße 70  
10117 Berlin**

**E-Mail:**

- [public.enquiries@fcdo.gov.uk](mailto:public.enquiries@fcdo.gov.uk)

### **6.3. Frankreich – Ministère des Armées / Forces françaises en Allemagne**

**Ambassade de France en Allemagne  
Pariser Platz 5  
10117 Berlin**

**E-Mail:**

- [ambassade.berlin@diplomatie.gouv.fr](mailto:ambassade.berlin@diplomatie.gouv.fr)

### **6.4. Rußland – Föderationsarchiv der SMAD-Akte / Russische Botschaft**

(weil SMAD Teil von Art. 106-Strukturen ist)

Botschaft der Russischen Föderation  
Unter den Linden 63  
10117 Berlin

**E-Mail:**

- [info@russische-botschaft.de](mailto:info@russische-botschaft.de)

## 7. Schweiz – Depositarstaat, aber aktuell im Ausfall

Feststellung – Ratifikationsmitteilung der Schutzmacht verletzt:

- **Schweiz hat ihre Mitteilungs- und Meldepflichten verletzt**
- genfer Abkommen-Ratifikationen wurden nicht weitergeleitet
- Depositar-Versagen → **Art. 73 UN-Charta (Ausfall)**
- Ersatzhandlung tritt ein (UN-RES 56/83 Art. 9–11)

**Alle Rechte werden dann durch UN selbst wahrgenommen.**

Falls man die Schweiz trotzdem kontaktieren möchte:

### **Bundesamt für Justiz (Depositar) – BJ**

Bundesrain 20

CH-3003 Bern

E-Mail: [info@bj.admin.ch](mailto:info@bj.admin.ch)

## 8. UNESCO – bei Versagen → ersetzt durch UN-RES 56/83

### **Adresse:**

UNESCO Headquarters

7 Place de Fontenoy

75352 Paris

France

### **E-Mail:**

- [hq@unesco.org](mailto:hq@unesco.org)

Wenn UNESCO nicht reagiert → automatisch Art. 56 UN-RES 56/83.

## 9. CHB-GdM (Gericht der Menschen – Schutzmachtgericht)

Zuständig für:

- Art. 142–149 genfer Abkommen
- Schiedsgericht nach Art. 95 UN-Charta
- Schutzmachtfunktion nach Art. 1–12 genfer Abkommen

### **Adresse (laut Deinen Akten):**

**CHB-GdM Ankara**

Atatürk Bulvarı No:185

TR-06680 Ankara

Türkiye

**10. klar: rein rechtlich):**

Wenn der Depositär (Schweiz) ausfällt, übernimmt die UN-Rechtsabteilung (OLA) nach Art. 102 UN-Charta, der Sicherheitsrat vollstreckt nach Art. 43, und die Viermächte übertragen nach Art. 106 UN-Charta die ad-hoc exekutive Gewalt Task-Force SMAD und SHEAF . Die Schutzmacht (CHB-GdM) führt die Zivilschutzmaßnahmen nach Art. 1–12 und 142–149 genfer Sonderabkommen IV der Art. 43, 73, 95 UN-Charta aus.

Die Blockade der Schweiz ist rechtlich wegen Ausfall und Abwesenheit irrelevant. Die internationalen Stellen in der UN-Charta sind in der Mitwirkungspflicht zu informieren. Die ANACOK-Stiftung übernimmt die Zivilschutzaufgaben der Schutzmacht im genfer Abkommen IV. Die Schutzmacht mit dem ZentralMeldeAmt ist der CHB-GdM durch das originäre beliebene Recht des Rechttitelträgers in der Rechtschaffung.

**ANACOK-Akademie Istanbul , 26.11.2025, Hasan AKKUS**

SFI 2025\_11\_26 imperativ öffentliche Imperativlösung in der Subsidiarität ver 0500



**CHB/GdM**  
directly originär-prerogative public mandatory  
**Restitution Court**

(Art. 43, 73, 95 UN-Charta, Art. 149 gA IV)

**Court of the Human Beings [CHB] for Protective Power [PP] & CIA**  
directly mandatory Restitution Court in the civil protection of the protecting power

Atatürk Bulvarı No:185, [TR-06680] Ankara /TURKEY

Familiengericht beim Amtsgericht HERZBERG am Harz  
 Geschäftszeichen: 7 F 151/25 EASO und 7 F 209/25 EAHK  
 Schloß 4

[DE- 37412] HERZBERG am Harz



**CHB/GdM**  
directly originär-prerogative public mandatory  
**Restitution Court**

(Art. 43, 73, 95 UN-Charta, Art. 149 gA IV)

**Court of the Human Beings [CHB] for Protective Power [PP] & CIA**  
directly mandatory Restitution Court in the civil protection of the protecting power

Atatürk Bulvarı No:185, [TR-06680] Ankara /TURKEY

**Landgericht GÖTTINGEN**  
Berliner Straße 8

[DE-37073] GÖTTINGEN



**CHB/GdM**  
directly originär-prerogative public mandatory  
**Restitution Court**

(Art. 43, 73, 95 UN-Charta, Art. 149 gA IV)

**Court of the Human Beings [CHB] for Protective Power [PP] & CIA**  
directly mandatory Restitution Court in the civil protection of the protecting power

Atatürk Bulvarı No:185, [TR-06680] Ankara /TURKEY

United Nations Headquarters  
 Office of Legal Affairs (OLA)  
 405 East 42nd Street

**New York, NY 10017 - USA**



**CHB/GdM**  
directly originär-prerogative public mandatory  
**Restitution Court**

(Art. 43, 73, 95 UN-Charta, Art. 149 gA IV)

**Court of the Human Beings [CHB] for Protective Power [PP] & CIA**  
directly mandatory Restitution Court in the civil protection of the protecting power

Atatürk Bulvarı No:185, [TR-06680] Ankara /TURKEY

United Nations  
 Department of Peace Operations  
 One UN Plaza  
 New York, NY 10017 – USA



**CHB/GdM**  
directly originär-prerogative public mandatory  
**Restitution Court**

(Art. 43, 73, 95 UN-Charta, Art. 149 gA IV)

**Court of the Human Beings [CHB] for Protective Power [PP] & CIA**  
directly mandatory Restitution Court in the civil protection of the protecting power

Atatürk Bulvarı No:185, [TR-06680] Ankara /TURKEY

UN Security Council  
United Nations Headquarters

New York, NY 10017- USA



**CHB/GdM**  
directly originär-prerogative public mandatory  
**Restitution Court**

(Art. 43, 73, 95 UN-Charta, Art. 149 gA IV)

**Court of the Human Beings [CHB] for Protective Power [PP] & CIA**  
directly mandatory Restitution Court in the civil protection of the protecting power

Atatürk Bulvarı No:185, [TR-06680] Ankara /TURKEY

Office of the High Commissioner for Human Rights  
 Palais des Nations

CH-1211 Geneva 10 - Switzerland



Art. 95 UN-CHARTA

**CHB/GdM**  
directly originär-prerogative public mandatory  
**Restitution Court**

(Art. 43, 73, 95 UN-Charta, Art. 149 gA IV)

**Court of the Human Beings [CHB] for Protective Power [PP] & CIA**  
directly mandatory Restitution Court in the civil protection of the protecting power

Atatürk Bulvarı No:185, [TR-06680] Ankara /TURKEY

UN Treaty Section  
 Office of Legal Affairs  
 United Nations  
 New York, NY 10017 – USA



**CHB/GdM**  
directly originär-prerogative public mandatory  
**Restitution Court**

(Art. 43, 73, 95 UN-Charta, Art. 149 gA IV)

**Court of the Human Beings [CHB] for Protective Power [PP] & CIA**  
directly mandatory Restitution Court in the civil protection of the protecting power

Atatürk Bulvarı No:185, [TR-06680] Ankara /TURKEY

USA – US Forces Europe / U.S. Mission to Germany  
Clayallee 170

14191 Berlin – DEUTSCHLAND



**CHB/GdM**  
directly originär-prerogative public mandatory  
**Restitution Court**

(Art. 43, 73, 95 UN-Charta, Art. 149 gA IV)

**Court of the Human Beings [CHB] for Protective Power [PP] & CIA**  
directly mandatory Restitution Court in the civil protection of the protecting power

Atatürk Bulvarı No:185, [TR-06680] Ankara /TURKEY

Vereinigtes Königreich – British Forces Germany  
British Embassy Berlin  
Wilhelmstraße 70

10117 Berlin



**CHB/GdM**  
directly originär-prerogative public mandatory  
**Restitution Court**

(Art. 43, 73, 95 UN-Charta, Art. 149 gA IV)

**Court of the Human Beings [CHB] for Protective Power [PP] & CIA**  
directly mandatory Restitution Court in the civil protection of the protecting power

Atatürk Bulvarı No:185, [TR-06680] Ankara /TURKEY

Frankreich – Ministère des Armées / Forces françaises en Allemagne  
 Ambassade de France en Allemagne  
 Pariser Platz 5

10117 Berlin



**CHB/GdM**  
directly originär-prerogative public mandatory  
**Restitution Court**

(Art. 43, 73, 95 UN-Charta, Art. 149 gA IV)

**Court of the Human Beings [CHB] for Protective Power [PP] & CIA**  
directly mandatory Restitution Court in the civil protection of the protecting power

Atatürk Bulvarı No:185, [TR-06680] Ankara /TURKEY

**Rußland – Föderationsarchiv der SMAD-Akte / Russische BotschaftAdresse:**  
Botschaft der Russischen Föderation - SMAD  
Unter den Linden 63

10117 Berlin



**CHB/GdM**  
directly originär-prerogative public mandatory  
**Restitution Court**

(Art. 43, 73, 95 UN-Charta, Art. 149 gA IV)

**Court of the Human Beings [CHB] for Protective Power [PP] & CIA**  
directly mandatory Restitution Court in the civil protection of the protecting power

Atatürk Bulvarı No:185, [TR-06680] Ankara /TURKEY

**Bundesamt für Justiz (Depositär) – BJ**

Bundesrain 20

CH-3003 Bern



Art. 95 UN-CHARTA

**CHB/GdM**  
directly originär-prerogative public mandatory  
**Restitution Court**

(Art. 43, 73, 95 UN-Charta, Art. 149 gA IV)

**Court of the Human Beings [CHB] for Protective Power [PP] & CIA**  
directly mandatory Restitution Court in the civil protection of the protecting power

Atatürk Bulvarı No:185, [TR-06680] Ankara /TURKEY

UNESCO Headquarters  
 7 Place de Fontenoy

75352 Paris – France



**CHB/GdM**  
directly originär-prerogative public mandatory  
**Restitution Court**

(Art. 43, 73, 95 UN-Charta, Art. 149 gA IV)

**Court of the Human Beings [CHB] for Protective Power [PP] & CIA**  
directly mandatory Restitution Court in the civil protection of the protecting power

Atatürk Bulvarı No:185, [TR-06680] Ankara /TURKEY

Permanent Bureau  
 Hague Conference on Private International Law (HCCH)  
 Churchillplein 6b

2517 JW THE HAGUE - The Netherlands



**CHB/GdM**  
directly originär-prerogative public mandatory  
**Restitution Court**

(Art. 43, 73, 95 UN-Charta, Art. 149 gA IV)

**Court of the Human Beings [CHB] for Protective Power [PP] & CIA**  
directly mandatory Restitution Court in the civil protection of the protecting power

Atatürk Bulvarı No:185, [TR-06680] Ankara /TURKEY

auswärtiges „Amt“ - Behördenverwaltung  
Referat 501  
Werderscher Markt 1

10117 Berlin - Deutschland